

USA

# Smartphones für Afghanistan

Der Internetdienst Google will sich in die Politik einmischen, um die Welt vom Bösen zu befreien – ein anmaßendes und gefährliches Unterfangen, wie Kritiker meinen.

Es waren Erzählungen voller Leid. Deependra Giri aus Nepal etwa berichtete von seiner jahrelangen Zwangsarbeit in Katar. Neben ihm saß Kimmie Weeks aus Liberia, ein Mann, der nur knapp der Rekrutierung zum Kindersoldaten entging. Die Inderin Rani Hong wiederum war als Siebenjährige „in die Sklaverei“ gekommen, wie sie berichtete, und fortan „geschlagen und gefoltert“ worden.

Die Wucht der Schicksale war enorm. Im edlen Hotel Four Seasons in Thousand Oaks bei Los Angeles hatte die Ideenschmiede „Google Ideas“ zur Konferenz geladen. Sicherheitsfachleute, Ermittler, Experten für internationale Politik, Aktivisten und Computerspezialisten waren dem Ruf von Jared Cohen gefolgt, einem ehemaligen Mitarbeiter des US-Außenministeriums, der den jüngsten Ableger des Google-Imperiums anführt.

Unter Kronleuchtern diskutierten Experten und Opfer die Schattenwelt der Drogenkartelle und Waffenschmuggler, der Geldwäscher, der Menschen- und Organhändler. Kurz: Es ging um das Böse schlechthin. Und wer könnte besser geeignet sein, dem Teufel die Stirn zu bieten, als die Tausendsassas des Internetdienstes aus Mountain View?

Google hat beschlossen, sich den ganz großen Problemen der Menschheit zu widmen. Mit dem Selbstbewusstsein eines Konzerns mit schier unerschöpflichen Finanzmitteln wagt sich das Unternehmen ungeniert in die politische Arena.

Google-Manager Eric Schmidt wünscht sich eine Welt „frei von Angst“ – und Cohen soll diese Welt für ihn erschaffen. Extremismus, Terrorismus, Proliferation und kriminelle Netzwerke will der erst 30-Jährige mit Google Ideas bekämpfen. Der Vorstoß ist entweder ein weiterer Beweis für die Hybris der Silicon-Valley-Elite oder aber eine mutige Pioniertat, die das Verhältnis zwischen Staat und Privatwirtschaft in den USA neu definieren könnte.

Cohen ist der ideale Mann, um den Kampf gegen das Böse anzuführen. Er ist ein politisches Wunderkind, smart und wortgewandt, mit dem intelligenten Charme des Ostküsten-Aufsteigers. Sein



STEPHANIE DIANI / DER SPIEGEL

**Vordenker Cohen**  
*Dem Teufel die Stirn bieten*

Haar sitzt perfekt, der Anzug ist klassisch und cool zugleich.

Condoleezza Rice holte den Oxford-Absolventen ins Außenministerium, als der gerade mal 24 Jahre alt war. Auch unter Hillary Clinton arbeitete Cohen weiter in einem Think-Tank des State Department – er fand seine Rolle als Experte für Neue Medien und Technologie.

Der technophile Politologe reiste mit Silicon-Valley-Größen quer durch die Welt, besuchte Russland, Mexiko, Syrien, den Irak und Afghanistan, um die Idee von der „Staatskunst des 21. Jahrhunderts“ in die Tat umzusetzen, wie er es nennt. „Die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, können nicht von Regierungen allein gelöst werden“, beschreibt Cohen das Konzept, „wir müssen die Industrie mit ins Boot holen; sie hat die Werkzeuge und die Expertise, die wir brauchen, um die Probleme zu lösen.“

Auf einer der Reisen traf er Eric Schmidt von Google. Zusammen entwarfen sie das Konzept von Google Ideas. „Fünf Milliarden Menschen werden in der kommenden Dekade erstmals Internetzugang bekommen“, erläutert Cohen. Diese zweite digitale Revolution gelte es zu nutzen, um die Welt zu befrieden.

Information ist Macht, so lautet die Google-Logik. Freie Information und freier Meinungs austausch können Leben retten. Doch was, wenn die „fragilen Staaten“, um die es Cohen geht, nichts davon wissen wollen? Wenn Cohen daran arbeitet, den Arabischen Frühling technologisch aufzurüsten, oder wenn er mit Schmidt durch Afghanistan tingelt, um zu ergründen, wie die Geknechteten mit

Smartphone-Hilfe zur Teilnahme an Politik „ermächtigt“ werden können, ist das nicht ohne diplomatisches Risiko.

Ende Februar begann WikiLeaks damit, interne E-Mails des US-Informationssendienstes Stratfor zu veröffentlichen. Darin wirft Fred Burton, Stratfors Vizepräsident, Cohen vor, „Regimewechsel“ im Nahen Osten zu befördern. „Der Kerl ist gemeingefährlich“, wettet Burton, „er wird gekidnappt oder getötet werden; und das ist möglicherweise das Beste, um Googles verdeckte Rolle beim Anheizen von Volksaufständen aufzudecken.“

„Google macht Dinge, die die CIA nicht machen kann“, behauptet Burton. Das ist maßlos übertrieben. Und doch verwischt Google Ideas die Linie zwischen Politik und sozialer Unternehmensverantwortung.

„Es wird Spannungen geben“, prophezeit Anne-Marie Slaughter, Professorin an der Princeton University und ehemalige Chef von Cohen im State Department. Google Ideas arbeite auf Gebieten, die „politisch sensibel“ seien und die die nationale Sicherheit berührten.

Doch Slaughter glaubt gleichzeitig, dass Cohen auf dem richtigen Weg ist. Je mehr private Intelligenz und privates Geld sich mobilisieren ließen, desto besser: „Dies ist eine Entwicklung, die mit der traditionellen Idee von der Souveränität des Staates bricht.“ Private Ressourcen zu nutzen sei unvermeidlich, um die weltweiten Netzwerke der Gewalt und des Unrechts aufzubrechen.

Cohen hat die Gabe, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Auf einer Google-Ideas-Konferenz in Dublin versammelte er 80 ehemalige Dschihadisten, Neonazis, irische Extremisten und Mitglieder krimineller US-Banden zum Erfahrungsaustausch.

Wie aus solchen Diskussionen auch Taten erwachsen können und welche Rolle Technologie dabei spielen kann, muss sich indes noch erweisen. In Los Angeles bemühten sich die Teilnehmer redlich, die Bedeutung von YouTube-Videos oder Smartphones für die Aufdeckung von Unrecht zu preisen. Sie demonstrierten Computerprogramme, die den weltweiten Waffenhandel oder die Vernetzung von Terroristen visualisieren, oder eine Smartphone-App, mit der Verbraucher Interpol helfen können, illegale Warenströme aufzudecken.

Doch reicht das aus, um die Welt „zu einem besseren Ort“ zu machen, wie es Eric Schmidt gern formuliert?

„Es war ein mutiger Schritt von Google, sich diese Agenda zu setzen. Aber sie birgt Risiken und weckt hohe Erwartungen“, kommentiert Stewart Patrick vom Think-Tank Council on Foreign Relations. Aber Google sei „ja auch kein normales Unternehmen“.

PHILIP BETHGE